

Im Fokus

Taiwan vollendet den Machtwechsel

Taiwan Completes the Turnover of Power

Hans-Wilm Schütte

Abstract

To the relief of Beijing and Washington, Taiwan's citizens recently voted for an end to the DPP era with its nationalist Taiwanese ambitions and elected Ma Ying-jeou of the KMT as the republic's new president. Economic revitalization stands at the top of his agenda; however, outside of Taiwan observers are focusing more on the country's new and rapidly developing dialogue with the Chinese leadership.

Keywords: Taiwan, elections

Das Wahlergebnis

Am 21. März 2008 wählten die Taiwaner einen neuen Präsidenten und sie entschieden sich mit einer Mehrheit von 58,45% für Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu), den Kandidaten der oppositionellen Nationalen Volkspartei Kuomintang (Guomindang, KMT). Mit ihm wurde Vincent Siew (Xiao Wanchang) zum Vizepräsidenten gewählt (ZXW o.J.a). Nach acht Jahren (zwei Amtsperioden) unter Chen Shui-bian von der taiwannationalistischen Demokratischen Fortschrittspartei DPP vollendeten die Wähler damit einen Machtwechsel, dessen ersten Akt die von der KMT überragend gewonnenen Parlamentswahlen im Januar 2008 bildeten (Schütte 2008). Es war der zweite auf demokratische Art zustande gekommene Machtwechsel in der Geschichte der noch jungen taiwanischen Demokratie.

Ma setzte sich gegen den Präsidentschaftskandidaten der DPP Frank Hsieh (Xie Changting) durch, in dessen Gefolge Su Tseng-chang (Su Zhenchang) für die Vizepräsidentschaft antrat. Weitere Konkurrenten gab es nicht. Das Duo Hsieh/Su erzielte demnach 41,55% der gültigen Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 75,56% und damit niedriger als bei der letzten Präsidentschaftswahl (2004: 80,28%) (Schütte 2004:275), aber wegen der starken Personalisierung deutlich höher als bei der Parlamentswahl im Januar (58%) (Schütte 2008:218).

Ebenfalls wegen der Personalisierung ist ein Vergleich mit den Ergebnissen vorheriger Präsidentschaftswahlen nur bedingt sinnvoll, zumal Ma und Hsieh erstmals für das höchste Staatsamt kandidierten. Dem scheidenden Präsidenten Chen Shui-bian war nach zwei Amtsperioden verwehrt, erneut anzutreten. Allerdings war schon die Parlamentswahl zwei Monate zuvor stark vom Präsidentschaftswahlkampf geprägt gewesen. Entsprechend weichen die Ergebnisse beider Wahlen nur wenig voneinander ab, wenn man die Stimmen für die Parteien der jeweiligen Lager addiert (siehe Tabelle 1).

Tab.1 Stimmenanteile im Vergleich

	Parlamentswahl Jan. 08 (Zweitstimmen)	Präsidentenwahl März 08
Grünes Lager (DPP etc.) bzw. Frank Hsieh	40,44	41,55
Blaues Lager (KMT etc.) bzw. Ma Ying-jeou	55,18	58,45
Übrige	4,38	—

Quelle: ZXW o.J.a, Schütte 2008:219, eigene Berechnungen.

Wie man sieht, gelang es Ma, die Stimmen der „übrigen“ mehrheitlich für sich zu gewinnen, sodass sich der Vorsprung des blauen Lagers und seines Kandidaten vor dem grünen Lager und dessen Kandidaten Hsieh von 14,7 auf 17,9 Prozentpunkte vergrößerte. Die nur geringen Differenzen zwischen beiden Wahlergebnissen sind umso bemerkenswerter, als im März 3,17 Millionen mehr Menschen ihre Stimme abgaben als im Januar.

Erneut bestätigte sich dabei, dass es die KMT geschafft hat, in den traditionellen DPP-Bastionen in Südtaiwan Fuß zu fassen. Unter anderem eroberte Ma eine Stimmenmehrheit in den Städten Kaohsiung (Gaoxiung) und Tainan. Er hatte im Wahlkampf gezielt um mehr Anerkennung im Süden geworben. Frank Hsieh errang nur noch in fünf südtaiwanischen Landkreisen eine Mehrheit, während sich landesweit zwanzig Städte und Landkreise für Ma entschieden – sechsmal mit Mehrheiten von über 70% (ZXW o.J.b).

Die Wahlsieger

Ma Ying-jeou, 1950 in Hongkong geboren, kann als der mit Abstand populärste KMT-Politiker gelten. Von der Ausbildung her ist er Jurist. Er studierte in den

Vereinigten Staaten von Amerika und erwarb dort an der Harvard-Universität einen Doktor der Jurisprudenz. Seine politische Karriere begann in den frühen 1980er Jahren mit leitenden Funktionen im Präsidentenbüro unter Chiang Ching-kuo (Jiang Jinguo). Von 1993 bis 1996 war er Justizminister, seit dem Jahr 1993 ist er auch Mitglied des Zentralkomitees seiner Partei. Im Jahr 1998 setzte er sich bei der Bürgermeisterwahl von Taipei (Taipei) gegen den damaligen Amtsinhaber Chen Shui-bian durch, der seine Wiederwahl anstrebte. Ma beerbte Chen auf diesem Posten nunmehr zum zweiten Mal. Im Jahr 2005 wurde Ma von den KMT-Mitgliedern mit überwältigender Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt (GIO 2005:494).

Ma ist verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter. In der Öffentlichkeit galt er stets als Musterbild eines sauberen Politikers. Umso schmerzlicher war es für ihn, dass ihn die Staatsanwaltschaft im Jahr 2007 wegen des Verdachts anklagte, in seiner achtjährigen Amtszeit als Taipeier Bürgermeister Spesengelder veruntreut zu haben. Dies führte zu seinem Rücktritt vom Parteivorsitz und belastete seinen Wahlkampf erheblich. Unterdessen wurde Ma letztinstanzlich von dem Vorwurf freigesprochen, sodass er am 20. Mai 2008 sein neues Amt unbelastet von Korruptionsverdacht antreten konnte.

Mas Stellvertreter Vincent Siew wurde 1939 in Taiwan geboren und ist ebenfalls Jurist. Ab den 1960er Jahren zunächst im diplomatischen Dienst beschäftigt, machte er später im Außen- und im Wirtschaftsministerium Karriere. Von 1997 bis zum ersten Machtwechsel war er Ministerpräsident (GIO 2005:501).

Reaktionen

Während die Mehrheit, die Ma wählte, ihren Sieg bejubelte, befürchten Anhänger der DPP nunmehr das nahe Ende von Taiwans staatlicher Souveränität und die Rückkehr der Einparteiendiktatur der KMT. Den Wahlsiegern selbst waren diese Ängste bewusst und KMT-Vorsitzender Wu Poh-hsiung (Wu Boxiong) betonte noch am Wahlabend, eine Rückkehr zur Einparteiendominanz werde es nicht geben. Ma selbst äußerte sich ähnlich (Mo 2008; Schütte 2008:232f.).

Außerhalb Taiwans wurde das Wahlergebnis mit Erleichterung aufgenommen, bedeutete es doch ein Ende der auf Konfrontation angelegten DPP-Politik und die Hoffnung auf eine baldige Entspannung an der Taiwan-Straße. Begrüßt wurde der friedliche Verlauf der Wahl. Über 300 ausländische Beobachter aus über 30 Ländern hatten diese vierte Direktwahl des Staatsoberhauptes verfolgt.

Anders als noch vor vier Jahren ließen diesmal die Glückwünsche aus Washing-

ton nicht auf sich warten. Dort hatte die Politik Chen Shui-bians für erheblichen Unmut gesorgt, drohte doch an der Taiwan-Straße eine akute Sicherheitskrise, die die USA derzeit überhaupt nicht gebrauchen können. Ma Ying-jeous Entspannungspolitik ist daher hoch willkommen.

Aus der VR China selbst waren kaum Reaktionen zu vernehmen. Die Presse meldete die Wahl der „neuen Führer“ des „Gebiets Taiwan“ in knappen Zeilen ohne Kommentar. Dass die Partei und Staatsführung den KMT-Sieg intern begrüßte, machte die weitere Entwicklung offensichtlich – siehe unten.

Die Referenden

In Beijing wie in Washington dürfte die Genugtuung umso größer gewesen sein, als die beiden Referenden zu Taiwans Mitgliedschaft in der UNO und anderen internationalen Organisationen das 50-Prozent-Quorum verfehlten und damit scheiterten. Washington hatte Taiwan zuvor mit ungewöhnlich deutlichen Worten vor der Durchführung der Referenden gewarnt, da diese die Frage von Taiwans Souveränität tangierten und China damit einen Vorwand für eine militärische Intervention liefern konnten. In beiden Fällen sollte das Volk entscheiden, ob und unter welchem Namen das Land eine UNO-Mitgliedschaft anstreben sollte: ob als „Taiwan“ laut Antrag der DPP oder unter anderen als chancenreich erkannten Namen, so der KMT-Vorschlag. Beide Vorlagen waren nicht als alternativ zu verstehen.

In Umfragen hatten sich zuvor rund drei Viertel aller Taiwaner für eine Mitgliedschaft der Republik in der UNO ausgesprochen und Regierung wie Opposition waren in der Sache ebenfalls einer Meinung (Schütte 2007a). Deswegen eine formelle Volksbefragung durchzuführen, war also überflüssig und das Volk, das zudem die in dieser Abstimmung lauernde Gefährdung von Taiwans Sicherheit erkannte, ließ die Referenden denn auch platzen – mit einer Beteiligung von jeweils rund 36%. Bei den abgegebenen Stimmen war die Zustimmung überwältigend: 94,0% sagten Ja zum DPP-Referendum, 87,3% zu dem der KMT (ZXW 2008).

Gründe für den Machtwechsel

Selten treten die Gründe für ein Wählervotum so klar zutage wie hier: Taiwans Bürger wollten vor allem eine handlungsfähige Regierung, die, anders als in den acht Jahren unter Chen Shui-bian, im Parlament auch über eine Mehrheit verfügt. Dass dem so war, legen schon die geringen Differenzen zwischen den

Ergebnissen der Parlaments- und der Präsidentschaftswahl hinsichtlich der Anteile der Lager bzw. Kandidaten (vgl. Tabelle 1) nahe. Sie lassen die Abstimmung vom Januar 2008 als erste Etappe einer vom Wähler von vornherein avisierten Route Richtung Machtwechsel erscheinen. Jene 3,17 Mio. Bürger, die im März zusätzlich zur Wahl gingen, hätten auch für ein völlig anderes Ergebnis sorgen können. Stattdessen bestätigten sie die von 10 Mio. Wählern im Januar 2008 eingeschlagene Richtung.

Schaut man sich nur die Kandidaten an, so wäre eher ein Kopf-an-Kopf-Rennen erwartbar gewesen. Denn zunächst einmal ist die große Ähnlichkeit der zwei Hauptkontrahenten bemerkenswert: Ma (Jahrgang 1950) und Hsieh (Jahrgang 1946) gehören derselben Generation an, beide sind im Ausland promovierte Juristen und beide sammelten als Bürgermeister der zwei größten taiwanischen Städte, als Vorsitzende ihrer jeweiligen Partei und als Regierungsmitglieder ähnliche politische Erfahrungen. Zudem warben beide um die politische Mitte, sprachen sich für eine Verbesserung der Beziehungen zu China aus und vertraten in Abkehr von der taiwannationalistischen Konfrontationspolitik des scheidenden Präsidenten auch sonst vielfach ähnliche politische Positionen. Hinsichtlich der persönlichen Glaubwürdigkeit und Integrität gaben sich beide ebenfalls nichts. Ma allerdings hatte einige handfeste Vorteile:

- Seine Partei hat die Mehrheit im Parlament;
- seine Partei unterhält bereits Beziehungen zur kommunistischen Parteiführung in Beijing, stellt mithin einen funktionierenden Gesprächskanal unterhalb der Regierungsebene bereit;
- bei Ma konnte der Wähler sicher sein, dass die als vordringlich erachteten Wirtschaftsfragen auch von seiner Partei verstanden werden, während bei Hsieh und der DPP zu befürchten war, dass taiwannationalistische Bedenken und Rücksichtnahmen vor allem die weitere Öffnung gegenüber China erneut verhindern würden.

Frank Hsieh fiel es vor diesem Hintergrund schwer, sich zu profilieren, zumal es außerhalb der Taiwan-China-Frage wenig andere Themen gab, die er und seine Partei überzeugend vertreten konnten und gleichzeitig genügend Zugkraft im Wahlkampf boten. Auch war die Bilanz der DPP-Ära zu kümmerlich, um überzeugend für deren Fortsetzung zu werben. In den Vordergrund gespielt wurden von Hsieh und der DPP die folgenden zwei Fragen:

- Ist Ma Ying-jeou Taiwaner und zu Taiwan loyal?
- Droht unter einem KMT-Präsidenten Taiwans Ausverkauf an China?

Die erste Frage nahm darauf Bezug, dass seine Familie vom Festland abstammt und er über eine Greencard der USA verfügte. Ma konnte zwar glaubhaft machen, aber nicht zweifelsfrei beweisen, dass die Greencard seit 1985 nicht mehr gültig ist und er eine zweite Staatsangehörigkeit bzw. ein Residenzrecht in den USA weder besitzt noch in Aussicht hat (Chung 2008).

Die zweite Frage lief auf eine Neuauflage der mehrfach gescheiterten alten Chen-Shui-bian-Strategie hinaus, Ängste vor China zu schüren und die „Blauen“ als Handlanger Chinas hinzustellen. Obendrein ging es jetzt intern um die Zukunft von Taiwans Demokratie, konnte die KMT mit ihrer Verfassungsmehrheit im Legislativ Yuan doch nach Belieben schalten und walten. Hsieh warnte besonders vor einem von Ma angestrebten gemeinsamen Markt mit China und malte dessen Folgen für Taiwan in den düstersten Farben (Ko & Mo 2008).

Die erste der zwei obigen Fragen wurde von der Mehrheit der Wähler offenbar als wenig relevant empfunden, zumal die Unterstellung, Mas staatsbürgerliche Loyalitäten lägen womöglich im Ausland, von Hsieh nicht substantiiert werden konnte. Dass die zweite Frage mit Ja zu beantworten sei, glaubten seit Langem nur noch die eingefleischten Taiwan-Nationalisten der DPP und ihre Verbündeten. Für die Übrigen handelte es sich um wahlkampfbedingte Panikmache. Sie konnten zudem darauf verweisen, dass Ma Ying-jeou schon seit Jahren sehr konsequent eine chinakritische Linie verfolgt. Er bestätigte diese mit den von ihm oft wiederholten „drei Nein“: nein zur Wiedervereinigung (d.h. zu Verhandlungen darüber während seiner Amtszeit), nein zur Unabhängigkeit (d.h. zu einer formellen Unabhängigkeitserklärung Taiwans), nein zur Waffengewalt (d.h. zur Bedrohung Taiwans durch festlandchinesisches Militär und speziell durch gegen Taiwan gerichtete Raketen); auf Chinesisch stand dafür die knappe Formel *bu tong, bu du, bu wu*. Ma legte sich damit klar auf eine Beibehaltung des Status quo fest, wie er auch von der Mehrheit der Taiwaner befürwortet wird.

Auch das Vorgehen Chinas in Tibet, das Hsieh und seiner Partei Anlass gab, erneut vor China und der KMT-Annäherungspolitik zu warnen, vermochte Mas Wahlchancen nicht zu schmälern, umso weniger, als Ma Beijings Umgang mit Tibet nicht minder scharf kritisierte als Hsieh (Bradsher 2008).

Ma versagte es sich im Wahlkampf zudem, Angriffe unter der Gürtellinie auf gleichem Niveau zu erwidern. Unter anderem hatten ein DPP-nahes Presseorgan und der Generalsekretär am Erziehungsministerium mit so unappetitlichen wie abwegigen Vorwürfen gegen Mas Frau und seinen verstorbenen Vater Stimmung zu machen versucht (Shih & Mo 2008; Ching 2008). Auch Ma blieben jedoch

unliebsame Aktionen hitzköpfiger Anhänger nicht erspart, die letztlich dem Gegner in die Hände spielten (Lee 2008). Gleichwohl überzeugte Ma in der Öffentlichkeit stärker mit einem würdevollen Grundton und mit Sachargumenten.

Gegen Hsieh sprachen aber vor allem die ernüchternden Erfahrungen, die die Wähler mit acht Jahren DPP-Regierung hatten machen müssen. Gewiss: An der wechselseitigen Blockade zwischen Regierung und Oppositionsmehrheit im Parlament hatten beide Seiten ihren Anteil und der taiwanischen Wirtschaft ging und geht es weit besser, als die Opposition behauptete; zudem ist abzusehen, dass die liberalisierungsfreundliche KMT-Politik den Strukturwandel in Taiwan beschleunigen wird und mehr Menschen als bisher zu Globalisierungsverlierern zu machen droht. Eine Fortführung der DPP-Ära schreckte jedoch noch mehr, hatte Präsident Chen die Wähler doch zu häufig getäuscht und enttäuscht, hatte seine Chancen wie seine Integrität verspielt und Taiwan am Ende mit einer taiwannationalistisch aufgeladenen Politik innen- wie außen- und chinapolitisch in eine Sackgasse manövriert.

Diese Feststellungen können natürlich nicht als gerechte Bilanz der zwei Amtszeiten des Präsidenten und seiner Regierung gelten. So hat der Präsident wichtige Wegmarken gesetzt, die auch die KMT nicht mehr ignorieren kann – in Sachen Freiheit, Menschenrechte, Ökologie und taiwanischem Selbstbewusstsein, um einige Stichworte zu nennen. Aber bei den Wahlen in diesem Jahr konnte es ohnehin nicht darum gehen, die DPP für ihre Verdienste zu belohnen. Vielmehr stand die Gestaltung der Zukunft an, das heißt: Zu entscheiden war, wer Taiwan aus der innen-, der außen- und der chinapolitischen Sackgasse würde wieder herausführen können. Dieses Werk mochte das Volk einem DPP-Kandidaten nicht mehr zutrauen, denn wie sehr er auch die politische Mitte umwarb, würde er doch der DPP-Klientel und deren zwar ehrenwerten, aber zu engen Perspektiven verhaftet bleiben. So bewerkstelligten dann die Wähler den für nötig erachteten Machtwechsel in seinen beiden Etappen nicht zögerlich, sondern mit klaren absoluten Mehrheiten.

Eine Sympathie für die KMT ist daraus freilich nicht abzulesen – wie Ma Ying-jeou wohl auch weiß. Die Partei, die in den anderthalb Jahren unter Mas Vorsitz nicht durchgreifend reformiert werden konnte und erneut einen mehrfach Vorbestraften zum Volksvertreter wählen ließ (vgl. Schütte 2007b), gerierte sich in der Opposition gegenüber der Minderheitsregierung mit larmoyanter Arroganz. So gesehen, hätte ihr eine echte Oppositionszeit unter einer stabilen Mehrheitsregierung gut getan. Die Zeiten aber, da die DPP sich als Partei der weißen

Westen und mithin als bessere Wahl präsentieren konnte, sind vorbei, und das hat sie sich ganz und gar selbst zuzuschreiben. Dem neuen Hoffnungsträger Ma hatte sie kaum mehr Überzeugendes entgegenzusetzen.

Die neue Regierung und ihr politisches Programm

Personalien

Drei Wochen nach der Wahl präsentierte Ma Ying-jeou den neuen Ministerpräsidenten, der daraufhin in Absprache mit Ma das Kabinett zusammenstellte. Die Personalien geben einigen Aufschluss über Mas Präferenzen und die zu erwartenden Grundlinien der Regierungsarbeit.

Die Ernennung von Liu Chao-shiuan (Liu Zhaoxuan) zum Ministerpräsidenten war die wohl größte Überraschung, handelt es sich doch um einen Wissenschaftler, der sich vor acht Jahren aus der Politik verabschiedet hatte und in den letzten Jahren nicht einmal mehr im *Who's who* des *Taiwan Yearbook* vertreten war.

Liu wurde 1943 in der Provinz Sichuan geboren. Er promovierte an der Universität Toronto im Fach Chemie, wurde in Taiwan Professor und kam ab Ende der 1970er Jahre über leitende Funktionen im Nationalen Wissenschaftsrat zur Politik. Im Jahr 1993 wurde er als Minister für Transport und Verkehr in die Regierung berufen. Damals saß er mit Ma Ying-jeou am Kabinettstisch. Von 1997 bis zum Machtwechsel im Jahr 2000 war Liu Stellvertreter des damaligen Ministerpräsidenten Vincent Siew. Danach kehrte er in die Wissenschaft und die Wissenschaftsadministration zurück. Zuletzt (seit dem Jahr 2004) leitete er die private Soochow University in Taipei. (Diese und alle folgenden biografischen Angaben s. GIO o.J.)

Mit Ma Ying-jeou ist Liu nicht nur durch gemeinsame Erfahrungen aus der Zeit im selben Kabinett verbunden, sondern auch durch einen ähnlichen akademischen Hintergrund (Studium in Nordamerika) und durch eine wissenschaftlich geprägte Denkweise; zudem stammen beider Vorfahren aus der Provinz Hunan.

Der Rückgriff auf eine technokratisch orientierte, ältere Garde, die sich in den 1990er Jahren bewährt hatte, dominierte auch bei der Besetzung der Ministerien. Ministerpräsident Liu gab als Hauptkriterium für seine Personalentscheidungen an, er habe sie getroffen aufgrund der „Integrität und der Amtserfolge“ der Betroffenen (SCMP 2008). Einige Beispiele:

- Stellvertretender Ministerpräsident Paul Chiu (Qiu Zhengxiong), Jahrgang

1942, hat einen Doktor der Wirtschaftswissenschaften von der Ohio University, USA. Er leitete diverse Banken und war in den Jahren von 1996 bis 2000 Finanzminister.

- Finanzminister Lee Shu-te (Li Shude), Jahrgang 1951, erwarb in den USA den Titel eines Master of Business Administration. Er verfügt über jahrzehntelange Erfahrungen in der Finanzverwaltung.
- Wirtschaftsminister Yin Chi-ming (Yin Qiming), Jahrgang 1952, ist Wirtschaftsfachmann und hatte zuletzt einen Lehrstuhl inne. Von 1997 bis 2005, also noch unter der Ägide Chen Shui-bians, war er Vizeminister am Wirtschaftsministerium.
- Den Rat für Wirtschaftsplanung und -entwicklung (CEPD) leitet ein weiterer Wirtschaftsprofessor: Chen Tian-jy (Chen Tianzhi), Jahrgang 1953.
- Verteidigungsminister Chen Chao-min (Chen Zhaomin), Jahrgang 1940, war unter anderem Oberkommandierender der Luftwaffe; als Berater und Vizeminister für Rüstungsbeschaffung diente er auch der DPP-Regierung.
- Außenminister Francisco Ou (Ou Hongjian), Jahrgang 1940, war von 1996 bis 2000 Vizeaußenminister und zuletzt Botschafter in Guatemala.
- Innenminister Liao Liao-yi, Jahrgang 1947, ist Fachmann für Statistik. Er sammelte politische Erfahrung als Bürgermeister und trat zuletzt als Wahlkampforganisator für Ma Ying-jeou hervor.

Vor allem wegen der vorgenannten Amtsträger kritisierte die DPP das Regierungspersonal als „alten Wein in neuen Schläuchen“. Liu Chao-shiuan verteidigte seine Entscheidung damit, dass man erfahrene Leute brauche, die sofort loslegen könnten – es sei „einfach keine Zeit für Kabinettsmitglieder, ihr Handwerk zu lernen“ (Ong 2008). Auffällig viele der Politiker sind gleichzeitig ausgewiesene Akademiker. Unter anderem gilt dies für die Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten, des Wirtschaftsministers und des Leiters der CEPD; mit diesen Fachleuten wurde der hohe Stellenwert personell umgesetzt, den Ma im Wahlkampf Taiwans Wirtschaft einräumte. Zwei weitere interessante Namen sind die von Frauen:

Justizministerin Wang Ching-feng (Wang Qingfeng), Jahrgang 1952, ist Juristin mit einer japanischen Ehrendoktorwürde. Sie verfügt über vielseitige Erfahrungen aus ihrer Arbeit im akademischen Bereich, in Stiftungen, im taiwanischen Roten Kreuz, in der Zentralen Wahlkommission und in einem KMT-Komitee für eine saubere Regierung. Sie stellte in Aussicht, dass die von der DPP eingeleitete allmähliche Ausmusterung (und eventuelle Abschaffung) der Todesstrafe

fortgeführt werde (Chang 2008).

Vorsitzende des Rats für Festlandsfragen (MAC) wird Lai Shin-yuan (Lai Xingyuan), Jahrgang 1956. Die Berufung der an der London School of Economics graduierten Politologin sorgte für erhebliches Aufsehen und traf in Kreisen der KMT auf heftige Kritik, wird damit doch jenes Ministerium, das Taiwans Chinapolitik umsetzt, einer Person unterstellt, die Mitglied der Union für Taiwan-Solidarität (TSU) ist, einer Partei mithin, die noch bis vor kurzem stärker als die DPP eine formale Unabhängigkeit Taiwans anstrebte (Wang & Ko 2008; Lin 2008). Zur Begründung führte Ma an, dass er mit dieser Repräsentantin des „grünen“ Lagers um Unterstützung seitens jener fünf Millionen Bürger, die ihn nicht wählen mochten, in einer Sache werbe, die einen nationalen Konsens erfordere. Den Kritikern aus den Reihen der KMT hielt Ma entgegen, dass Lai die chinapolitische Plattform des Präsidenten mit trage und dass die Formulierung der Chinapolitik ohnehin seine Sache sei. Ministerpräsident Liu verwies auf Lais Verdienste, die sie sich bei Verhandlungen mit der chinesischen Seite im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO erworben habe (Wang 2008a, 2008b). Ma und Liu scheinen mit dieser Personalentscheidung auch China signalisieren zu wollen, dass sich Taiwan bei aller angestrebten Entspannung und bei allen praktischen Liberalisierungsschritten seine faktische Souveränität nicht wird abkaufen lassen. Gleichzeitig verweist Ma mit dieser Nominierung die wiedervereinigungsorientierten Teile der KMT in ihre Schranken – oder versucht es zumindest –, auch wenn er diese Intentionen verständlicherweise nicht offen aussprechen konnte.

Für die Konservativen in der KMT war es nur ein schwacher Trost, dass mit Chiang Pin-kung (Jiang Bingkun) einer der ihren zum neuen Vorsitzenden der Straits Exchange Foundation (Haixia Jiaoliu Jijinhui, SEF) berufen wurde, jener halboffiziellen Institution, die im Jahr 1990 für den Dialog mit China geschaffen worden war. Die Konservativen hätten ihn lieber als neuen Ministerpräsidenten gesehen. Chiang, Jahrgang 1932, ist Vizevorsitzender der KMT und aus Taiwan gebürtig. Der promovierte Agrarökonom vertrat Taiwan als Diplomat einst in Japan und Südafrika (GIO 2005:439). Im März 2005 leitete er die erste Delegation der KMT, die zu politischen Gesprächen mit der Kommunistischen Partei nach China fuhr (Schütte 2005). So gesehen ist er für seine neue Aufgabe als SEF-Vorsitzender geradezu prädestiniert. Interessant wird sein, ob die nötige Zusammenarbeit mit dem Rat für Festlandsfragen und dessen Chefin gelingen wird.

Insgesamt präsentierte Ma in seiner Regierungsmannschaft kaum neue Gesichter, andererseits konnte er die Tatsache ausspielen, dass die KMT über eine große Auswahl an so erfahrenen wie qualifizierten Politikern verfügt. Zumindest darf man mehr Kontinuität in der Regierungsarbeit erwarten als in der achtjährigen Ägide Chen Shui-bian, unter dem allein das Amt des Ministerpräsidenten sechsmal neu besetzt wurde.

Chinapolitik

Ma Ying-jeou zog mit der Vision in den Wahlkampf, das Verhältnis zu China zu verbessern und durch die Liberalisierung der Wirtschaftsbeziehungen Taiwan stärker von der Entwicklungsdynamik des Festlandes profitieren zu lassen. Seine Chinapolitik enthält daher auch einen wichtigen Baustein für seine Wirtschaftspolitik.

Zunächst einmal aber gilt es, die Stagnation im taiwanisch-chinesischen Verhältnis zu überwinden. Die Voraussetzungen dafür sind günstig: Die Partei- und Staatsführung in Beijing hat die KMT bereits als Gesprächspartner akzeptiert und möchte den Machtwechsel auf der Insel nutzen, Chinas nationaler Einheit näher zu kommen. Eine Wiederbelebung des vor neun Jahren unterbrochenen Dialogs ist unterdessen auf dem Wege. Nachdem Vincent Siew bereits Mitte April auf einem Wirtschaftsforum in Hainan die Gelegenheit nutzte, mit Chinas Staats- und Parteichef Hu Jintao zu sprechen (Snyder 2008), reiste der KMT-Vorsitzende Wu Poh-hsiung (Wu Boxiong) am 26. Mai nach China, wo er am 28. Mai mit Hu Jintao zusammentraf. Es war das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, dass die Führer der beiden Parteien und einstigen Bürgerkriegsgegner direkt miteinander sprachen (Wang & Hsu 2008; TT 2008). Sogleich wurde auch die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen der SEF und ihrer festlandchinesischen Partnerorganisation Association for Relations Across the Taiwan Straits (ARATS) angekündigt: Vom 12. bis 14. Juni 2008 werden beide Seiten in Beijing Vereinbarungen zu zwei Punkten treffen: zur Aufnahme regelmäßiger Wochenend-Charterflüge und zum Taiwantourismus von Festlandchinesen. Beides soll nach Ma Ying-jeous Vorstellungen schon im Juli beginnen und wird wohl auch so kommen.

Möglich wurde dieser rasche Fortschritt durch Zweierlei: Zunächst durch Ma Ying-jeous nominelles Anerkenntnis des sogenannten Konsenses von 1992 – das war stets eine von Beijing geforderte Voraussetzung für jegliche Gespräche – und sodann durch die Bereitschaft auf Seiten Beijings, darüber hinwegzusehen,

dass beide Seiten unter dem „einen China“, auf das sich der Konsens bezieht, Verschiedenes verstehen, dass also der Konsens tatsächlich nur ein Etikett darstellt, das einen Nichtkonsens verdeckt. Mit anderen Worten: Beide Seiten wollen derzeit offen lassen, was China eigentlich ist und welchen Status Taiwan besitzt, um zunächst eine Annäherung in praktischen Fragen zu erzielen. In diesem Punkt hat sich vor allem Beijing bewegt, scheiterte der Dialog im Jahr 1999 doch vor allem daran, dass die volksrepublikanische Seite (damals unter der Regie von Jiang Zemin) politische Fragen hatte behandeln wollen und Gespräche über praktische Fragen, die für Taiwan wichtig waren, verweigerte.

Die momentane Euphorie kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es für Taiwan und speziell für Ma Ying-jeou viele Fallstricke gibt. Wird es Ma beispielsweise gelingen, den auf Parteebene geführten Dialog im Sinne seiner Politik zu steuern? Oder werden die „Tiefblauen“ in der KMT seine Politik unterlaufen? Auch wenn Ma das zu steuern weiß, kann es schwierig werden, da es einen direkten Dialog auf Regierungsebene nicht geben wird, zumindest dann nicht, wenn Ma Wort hält, denn er machte zur Voraussetzung, dass die Gegenseite zuvor die gegen Taiwan gerichteten Raketen abbaut. Das aber dürfte kaum geschehen. Allenfalls ein Stopp der Aufrüstung und eine Verlegung eines Teils der Raketen weiter ins Hinterland scheinen als Zeichen des guten Willens denkbar. Ma selbst plant daher einstweilen auch keine Chinareise (Mo et al. 2008).

Ohnehin ist der Dialogprozess überall gefährdet, wo Status- und Protokollfragen oder auch nur Symbole der Souveränität tangiert werden. Für China gibt es einen taiwanischen Präsidenten allenfalls in Anführungsstrichen und statt von der taiwanischen Regierung ist stets von den „Autoritäten“ die Rede. Ebenso wie bei einem von Ma angestrebten Friedensvertrag müsste Beijing bei direkten Verhandlungen auf höchster Ebene Taipei als gleichrangigen Gesprächspartner akzeptieren, also die Regierung Taiwans als die eines Staates anerkennen. Dies wäre jedoch das Ende von Beijings Alleinvertretungsanspruch.

Wie Vincent Siew und Wu Poh-hsiung gegenüber Hu Jintao bereits zur Sprache brachten, erwartet Taiwan, dass ihm Beijing einen größeren diplomatischen Spielraum einräumt. Aber wie reagiert Taipei, wie reagiert Beijing, wenn ein dritter Staat die jeweils andere Seite diplomatisch anerkennt? An solchen Fragen könnte der Dialog rasch wieder enden. Allenfalls mag Taiwan unter einem anderen Namen der lange erstrebte Beobachterstatus bei der Weltgesundheitsorganisation gewährt werden.

Und schließlich: Wie lange wird Beijing sein langfristiges Wiedervereinigungsziel hintanstellen wollen? Ma Ying-jeou hat für seine Amtszeit eine Änderung des politischen Status quo ausgeschlossen. Die Opposition allerdings befürchtet, dass die von der KMT-Regierung erstrebte Annäherung Taiwans Souveränität gefährde und ebendies wird sich Beijing erhoffen: Eine Eigendynamik in Gang zu setzen, die auf einen Anschluss Taiwans hinausläuft. Eine zu heftige Umarmungstaktik aber könnte Ma und seine Regierung desavouieren und einen erneuten Machtwechsel einleiten.

Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik

Taiwans angeblich schlechte Wirtschafts- lage war ein zentraler Punkt im Wahlkampf der KMT. Ma konnte damit insofern überzeugen, als Teile der Bevölkerung trotz eines anhaltenden Wachstums der Volkswirtschaft und annähernder Vollbeschäftigung Kaufkraftverluste haben hinnehmen müssen, besonders durch Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Benzin und Energie. Das meiste davon rührte zwar von höheren Weltmarktpreisen her, aber der Vorwurf an die DPP lautete, sich den resultierenden Problemen auch nicht richtig gewidmet zu haben.

Zur stärkeren Dynamisierung von Taiwans Wirtschaftsentwicklung schlug Ma mehrere Maßnahmen vor. Ein Teil davon lässt sich unter der Überschrift „Liberalisierung“ zusammenfassen, ein anderer Teil umfasst Investitionspläne.

Liberalisierung: Hier geht es vor allem um mehr Öffnung gegenüber China. Internationale Fachleute stimmen darin überein, dass Taiwan durch seine selbstgewählte teilweise Isolation von der Dynamik der chinesischen Volkswirtschaft nicht (oder nur in geringem Maße) profitiert. Vor allem sollen Restriktionen abgebaut werden, die zwar zum Schutz von Taiwans Wirtschaft gedacht waren, sich aber eher als schädlich erwiesen. So hat das Verbot direkter Handelsbeziehungen dazu geführt, dass große Warenströme an Taiwan vorbeigehen, und das Fehlen von Direktflügen verhindert, dass taiwanische und internationale Firmen ihr Chinageschäft von Taiwan aus betreiben. Da taiwanische Firmen nur maximal 40% ihrer Nettoinvestitionen auf dem Festland tätigen dürfen, transferieren sie ihre Gewinne nicht zurück, sondern belassen sie in China. Auch die von der DPP-Regierung betriebene Öffnung Taiwans für festlandchinesische Touristen, von Beijing blockiert, soll nun endlich kommen. Ma stellte im Wahlkampf gar die Vision eines gemeinsamen Marktes mit China vor. Bereits im Jahr 2003 hatte der MAC eine Studie zu den Auswirkungen liberalisierter Verkehrsverbindungen vorgelegt (Schütte 2003), wonach neben positiven Effekten auch mit negativen

Auswirkungen gerechnet werden muss. Unter anderem ist zu erwarten, dass die Produktion einfacher Waren noch mehr als bisher aufs Festland abwandert. Falls Ma mit seinen Liberalisierungs- und Deregulierungsplänen ernst macht, wird es jedenfalls zu einem verstärkten Strukturwandel mit erhöhtem sozialen Anpassungsdruck kommen, der vor allem auf Kosten der unteren Einkommenschichten gehen dürfte. Man darf gespannt sein, wie die Regierung solche Folgen sozialpolitisch abfedern wird. Bisher war nur von den Chancen die Rede.

Investitionsprogramm: Umgerechnet 85 Mrd. EUR will die Regierung Ma in den nächsten acht Jahren in zwölf Gruppen von Infrastruktur-, Industrie- und Forschungsprojekten investieren: in U-Bahnen, den Ausbau von Eisen- und Autobahnen, in Häfen und Flughäfen, Softwareentwicklung, Modernisierung und Ausbau von Industrieparks, in eine Altersversorgung für Landwirte, Modernisierung der Fischerei, Hochwasserschutz und Wasserreinhaltung, Aufforstung und Entwässerung (*Taiwan Journal* 2008). Die vier letztgenannten Projekte, von Fischerei bis Entwässerung, laufen zwar unter dem Etikett „Umwelt“, sind aber tatsächlich ebenfalls eher wirtschafts- und infrastrukturbezogen. Das von der DPP-Regierung entworfene Leitbild eines „grünen Taiwan“ ist Ma nicht einmal mehr ein Lippenbekenntnis wert.

Im Wahlkampf versprach Ma Ying-jeou zwar, Taiwan werde seinen Beitrag im Kampf gegen die Erderwärmung leisten und die Kohlendioxidemissionen reduzieren, doch hat keins der zwölf großen Investitionsprojekte hiermit etwas zu tun. Auch in seiner Antrittsrede ließ Ma Energie- und Klimafragen unerwähnt, als einziges ökologisches Schlagwort war das der Nachhaltigkeit zu vernehmen (GIO 2008). Der Leiter des Atomenergierats, Taiwans „Atomminister“ Tsai Chuen-hong (Cai Chunhong), erklärte Ende Mai, das Land werde sich verstärkt auf Kernenergie stützen, um seinen CO₂-Ausstoß zu verringern. Damit kündigt sich eine Wende in der Energiepolitik an, auch wenn der Minister betonte, die eigentlichen Entscheidungen müsse das Kabinett treffen (Lu 2008). Tatsächlich verdankt Taiwan die zivile Nutzung der Kernenergie der entsprechenden Politik der KMT. Die DPP hatte dagegen einen allmählichen Ausstieg aus dieser Art der Stromproduktion angestrebt. Ungelöst ist dabei vor allem das Problem des Atommülls.

Mit einigen Einschränkungen wirken Mas zwölf Projekte, als stammten sie aus den 1990er Jahren – wie auch die Erfahrungen der alt-neuen Regierungsmitglieder, die das Programm umzusetzen haben. Vor allem verwundert, dass der zentrale Komplex der Energieversorgung, ein Wirtschaftsfaktor erster Güte,

nicht weit oben auf der Wirtschaftsagenda erscheint – im Gegensatz zu solchen Petitionen wie dem Chunghsing Village beispielsweise, das laut Zwölf-Punkte-Investitionsplan zu einem „cultural and creative park“ erklärt werden soll. Unklar bleibt bislang auch die Finanzierung.

Andere Fragen

Abgesehen von wirtschafts- und chinapolitischen Themen lieferte Ma Ying-jeou zwar viele schöne Sätze, aber wenig an konkreten Aussagen. Vor allem seine mit Politlyrik angefüllte Antrittsrede enttäuscht und verwundert. Er lobte Taiwans Demokratie, betonte die Wiedergewinnung traditioneller Werte und richtete Forderungen an andere: Die Unternehmen müssten mehr in Taiwan investieren, die arbeitende Bevölkerung müsse sich ans Tempo des technischen und des Strukturwandels anpassen.

Wichtig war ihm, dem Juristen, die Achtung vor der Verfassung und der verfassungsmäßigen Ordnung und der entsprechenden Gewaltenteilung hervorzuheben, aber das sollte ohnehin selbstverständlich sein. Wollte er damit vor Bestrebungen in seiner Partei warnen, zur Diktatur zurückzukehren? Klar ist jedenfalls, dass Ma keine weiteren Verfassungsreformen anstrebt, die verfassungsgebende Mehrheit der KMT-Fraktion im Legislativ Yuan also nicht nutzen will.

Die einzigen Länder außerhalb Taiwans, die in seiner Antrittsrede erwähnt wurden, waren die USA und China. Japan dagegen blieb unbeachtet. Die japanische Delegation, die zur Amtseinführung erschienen war, reagierte irritiert (Chang & Fan 2008).

Schlussbemerkung: Taiwans Demokratie

Die Wahlen in diesem Jahr wurden allgemein als Indiz für die Reife von Taiwans Demokratie gewertet. Man mag dem nicht widersprechen, vor allem nicht im Hinblick auf das kluge Wählervotum. Gleichwohl bleibt das politische System eine Baustelle. Dies betrifft die verfassungsmäßige Ordnung, namentlich das ungeklärte Gegeneinander von präsidialem und parlamentarischem System, das in erster Linie an den Malaisen der DPP-Regierung schuld ist, aber auch die Parteienlandschaft.

Am meisten herausgefordert ist die DPP, sich neu zu definieren. Als Partei der Taiwannationalisten kann sie nur noch bei einer Minderheit punkten. Will sie nicht völlig an den Rand gedrängt werden, muss sie sich andere Kompetenzfelder erschließen und lernen, dass auch andere (sprich: der neue Präsident) Taiwans

Souveränität schützen, achten und fördern. Mas Programm böte genügend Möglichkeiten für die DPP, sich zu profilieren, beispielsweise mit Umweltthemen und als Partei des sozialen Ausgleichs. Mit der Wahl von Tsai Ing-wen (Cai Yingwen) zur neuen Vorsitzenden hat die DPP immerhin bereits ein Erneuerungssignal gesetzt (Loa 2008).

Ein anderes Thema ist die KMT. Mit ihrer üppigen Mehrheit im Parlament sollte es Ma leicht fallen, seine Politik umzusetzen, aber eben diese Mehrheit agiert sehr selbstbewusst und den alten Kadern, die in der Partei mitmischen, ist Demokratie nach wie vor ebenso suspekt wie Mas selbstbewusste Chinapolitik. Auch macht der derzeitige Vorsitzende Wu Poh-hsiung keine großen Anstalten, die von Ma einst angestoßene Parteireform fortzuführen. Obwohl es eine Rückkehr zur Einparteienherrschaft unter Ma nicht geben wird, dürfte der Politfilz wieder wuchern, der für die KMT einst typisch war. Ganz in der Demokratie angekommen sein wird Taiwan erst, wenn sich auch die KMT erneuert hat. Dazu wird sie in den kommenden vier Jahren aber keinen Grund sehen.

Literatur

- Bradsher, Keith (2008), „Suspense in Taiwan as race is tightening“, in: *International Herald Tribune*, 21. März
- Chang, Mao-Sen & Cheng-hsiang Fan (2008), „Disappointment in Tokyo over Ma’s inaugural speech“, in: *Taipei Times*, 26. Mai. Online: <http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/05/26/2003412991> (Aufruf: 15.06.2008)
- Chang, Rich (2008), „MOJ to look at possibility of dropping death penalty“, in: *Taipei Times*, 22. Mai. Online: <http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/05/22/2003412599> (Aufruf: 15.06.2008)
- Ching, Frank (2008), „KMT and DPP must reinvent themselves“, in: *South China Morning Post*, 1. April
- Chung, Lawrence (2008), „Taiwanese loyalty the focus of first televised presidential debate“, in: *South China Morning Post*, 25. Februar
- GIO siehe Government Information Office
- Government Information Office (o.J.), *Government Officials*. Online: www.gio.gov.tw/lp.asp?ctNode=4400&CtUnit=996&BaseDSD=24&mp=807 (Aufruf: 28.05.2008)
- (2008), *President Ma’s Inaugural Address*. Online: www.gio.gov.tw/ct.asp?xItem=36958&ctNode=2462&mp=807 (Aufruf: 21.05.2008)

- (2005), *Taiwan Yearbook*, Taipei: Government Information Office
- Ko, Shu-ling & Yan-chih Mo (2008), „Taiwan takes to streets in huge rallies“, in: *Taipei Times*, 17. März. Online: <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/03/17/2003405872> (Aufruf: 15.06.2008)
- Lee, Klaudia (2008), „'Stupid' clash could hurt leader“, in: *South China Morning Post*, 14. März
- Lin, Paul (2008), „Choosing Lai for MAC has blues seeing red“, in: *Taipei Times*, 2. Mai. Online: <http://www.taipeitimes.com/News/editorials/archives/2008/05/02/2003410806> (Aufruf: 15.06.2008)
- Loa, Lok-sin (2008), „Tsai wins race for DPP chairmanship“, in: *Taipei Times*, 19. Mai. Online: <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/05/19/2003412357> (Aufruf: 15.06.2008)
- Lu, Meggie (2008), „Council plans to increase reliance on nuclear energy“, in: *Taipei Times*, 27. Mai. Online: <http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/05/27/2003413056> (Aufruf: 15.06.2008)
- Mo, Yan-chih (2008), „Presidential election 2008: Winning Ticket: KMT leaders avow no 'one-party rule'“, in: *Taipei Times*, 23. März. Online: <http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2008/03/23/2003406723> (Aufruf: 15.06.2008)
- Mo, Yan-chih, Shu-ling Ko & Hsiu-chuan Shih (2008), „Decisive victory for Ma Ying-jeou“, in: *Taipei Times*, 23. März. Online: <http://www.taipeitimes.com/News/front/archives/2008/03/23/2003406711> (Aufruf: 15.06.2008)
- Ong, Hwee Hwee (2008), „Experience rules in Taiwan's new Cabinet“, in: *The Strait Times*, 22. April. Online: http://app.mfa.gov.sg/pr/read_content.asp?View,9855, (Aufruf: 15.06.2008)
- Schütte, Hans-Wilm (2008), „Erdrutschsieg der Kuomintang: Taiwans Parlamentswahl vom Januar 2008“, in: *China aktuell*, Nr.1, S.217-236
- (2007a), „Taiwan in die UNO? KMT und öffentliche Meinung sagen Ja“, in: *China aktuell*, Nr.5, S.193-194
- (2007b), „Parteien lassen Angeklagte und Kriminelle kandidieren“, in: *China aktuell*, Nr.6, S.175-176
- (2005), „Taiwans Opposition auf Chinareise – Entspannung in Sicht?“, in: *China aktuell*, Nr.3, S.17-24
- (2004), „Demokratie im Krebsgang? Attentat, Präsidentenwahl und ‚Referendum‘ 2004“, in: *China aktuell*, März, S.275-285

- (2003), „Regierung formuliert Grundsätze für direkte Verkehrsbeziehungen mit dem Festland“, in: *China aktuell*, August, Ü32
- SCMP siehe *South China Morning Post*
- Shih Hsiu-chuan & Yan-chih Mo (2008), „Presidential election 2008: 14 days to go: Premier Chang agrees to 'Taiwan Weekly' inquest“, in: *Taipei Times*, 8. März. Online: <http://www.taipetimes.com/News/taiwan/archives/2008/03/08/2003404569> (Aufruf: 15.06.2008)
- Snyder, Charles (2008), „Siew and Hu meet at forum in Hainan“, in: *Taipei Times*, 13. April. Online: <http://www.taipetimes.com/News/front/archives/2008/04/13/2003409146> (Aufruf: 15.06.2008)
- South China Morning Post* (2008), „Taiwan's new cabinet line-up unveiled“, 21. April
- Taipei Times* (2008), „KMT, CCP bosses meet in Beijing“, 29. Mai. Online: <http://www.taipetimes.com/News/front/archives/2008/05/29/2003413240> (Aufruf: 15.06.2008)
- Taiwan Journal* (2008), „i-Taiwan 12 projects“, Vol.25, Nr.18, (9. Mai), Supplement
- TT siehe *Taipei Times*
- Wang, Flora (2008a), „Liu names major Cabinet posts“, in: *Taipei Times*, 29. April. Online: <http://www.taipetimes.com/News/front/archives/2008/04/29/2003410546> (Aufruf: 15.06.2008)
- (2008b), „Caucus urges Ma to choose from KMT“, in: *Taipei Times*, 30. April. Online: <http://www.taipetimes.com/News/taiwan/archives/2008/04/30/2003410646> (Aufruf: 15.06.2008)
- Wang, Flora & Jenny W. Hsu (2008), „Wu arrives on historic visit to China“, in: *Taipei Times*, 27. Mai. Online: <http://www.taipetimes.com/News/front/archives/2008/05/27/2003413085> (Aufruf: 15.06.2008)
- Wang, Flora & Shu-ling Ko (2008), „Voices for, against new MAC chief grow“, in: *Taipei Times*, 1. Mai. Online: <http://www.taipetimes.com/News/front/archives/2008/05/01/2003410707> (Aufruf: 15.06.2008)
- Zhongyang Xuanju Weiyuanhui (Zentrale Wahlkommission) (o.J.a), *Di-12 ren zongtong (fuzongtong) xuanju houxuanren depiao gaikuang* (Stimmenanteile der Kandidaten bei den Wahlen zur 12. Präsidentschaft [Vizepräsidentschaft]). Online: <http://210.69.23.140/cec/vote3.asp?pass1=A2008A0000000000aaa> (Aufruf: 20.05.2008)
- (o.J.b), *Di-12 ren zongtong (fuzongtong) xuanju zhengdang depiao* (Stim-